



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Februar/ März 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Monate meiner parlamentarischen Arbeit im Europäischen Parlament (EP) waren geprägt vom sogenannten Juncker-Investitionsplan für Europa (EFSI). Hierbei geht es um eine Investitionsoffensive mit der in den kommenden drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen. Grundstock für den Fonds sollen Garantien aus dem EU-Haushalt und der Europäische Investitionsbank (EIB) sein. Insgesamt soll der EU-Haushalt mit 8 Mrd. EUR garantieren. Dieser Vorschlag wurde in den zuständigen Ausschüssen des EP's eifrig diskutiert und traf im Detail nicht nur auf Zustimmung. Ich bin der Meinung, dass das Juncker-Paket gut und richtig ist. Es soll über die Idee Öffentlicher Privater Partnerschaften mehr Anreize für private Geldgeber geben und so die wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum und eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insgesamt anregen.

Kritisch sehe ich die Idee, knappe Haushaltsbereiche noch weiter zu beschneiden. Einschnitte sind besonders in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie bei den EU- Verkehrsinfrastrukturprojekten und bei den ungenutzten Haushaltsmargen geplant. Gemeinsam mit vielen meiner deutschen CDU/CSU-Kollegen bin ich überzeugt, dass es in unserem Haushalt andere Bereiche gibt, in denen die notwendigen Mittel für den EFSI zu finden sind, z.B. im Bereich der Strukturpolitik. Gemeinsam mit meinen Kollegen versuche ich nun, an den entscheidenden Stellschrauben zu drehen, ohne das Paket an sich zu gefährden. Letzte Woche fand in Straßburg eine erste Diskussion im Haushaltsausschuss zum Berichtsentwurf der für den EFSI-Verordnungsvorschlag zuständigen Berichterstatter aus Haushaltsausschuss und Wirtschaftsausschuss des EPs statt. Die Abstimmung in den federführenden Ausschüssen soll am 20. April stattfinden.

Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

1.) Gebühren bei Kartenzahlungen

Gebühren bei Kartenzahlungen kosten Einzelhändler und Verbraucher laut EU-Kommission jährlich rund zweistellige Milliardenbeträge. Für den Verbraucher sind die Kosten der sogenannten Interbankengelte, die den Händlern durch die Entgegennahme von Kartenzahlungen entstehen, jedoch bislang unsichtbar. Höhere Einzelhandelspreise und Bonusprogramme sind nur zwei der zahlreichen Möglichkeiten, sich die Kosten für den Zahlungsvorgang unbemerkt beim Verbraucher zurückzuholen. Das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg stimmte in seiner Plenarsitzung im März nun für eine neue EU-Verordnung, die Kredit- und Debitkartenzahlungen europaweit auf 0,3 bzw. 0,2 Prozent des Zahlungsbetrags für grenzüberschreitende und inländische Zahlungen zu begrenzen.

Am Ende muss der Verbraucher von der Gebührensenkung profitieren. Die Verbindung zwischen anfallenden Transaktionskosten und der faktischen Höhe der Gebühren muss transparent nachvollziehbar sein. Die neue Verordnung soll noch im Mai in Kraft treten und kann zudem eine Stärkung des Wettbewerbs in diesem Bereich bedeuten.



Bild 1:

„Auf unserer März-Sitzung stimmten wir Abgeordneten für einen geringeren Zahlungsbetrag bei den Gebühren bei Kartenzahlungen. Mein Platz im Plenum des EP ist inmitten der EVP-Fraktion. Die Sitzordnung ist innerhalb der Fraktionen alphabetisch und länderübergreifend geordnet.“

(Foto: EP-Pressedienst)

2.) Die europäische Notrufnummer 112 funktioniert in einigen Mitgliedstaaten unzureichend.

Das zeigt der Kommissionsbericht vom 11.02.2015. Insbesondere die genaue Lokalisierung des Anrufers ist in einigen EU-Ländern problematisch. So kommen beispielsweise in Italien die Informationen, wo sich der Anrufer des Notrufs 112 befindet, bei jedem fünften Anruf nicht in den Notrufzentralen an. Ähnlich hohe Fehlerraten verzeichnen die Slowakei und Spanien. Vor allem in Frankreich und Malta dauert es einige Minuten, bevor die Notrufdienste die Information zum Ort des Anrufers erhalten, in Griechenland sogar über eine halbe Stunde. In Deutschland vergehen zwischen 10 und 70 Sekunden, bis die Ortsangabe den Notrufdienstleister erreicht hat, abhängig davon, ob in den Gebieten das automatische (pull) System der Informationsweitergabe schon eingeführt ist oder nicht. Die Kommission wird demnächst ein Pilotprojekt starten, mit dem analysiert werden soll, wie Daten über den Ort des Anrufers von Smartphones zu den 112 Notrufzentren übertragen werden können. Ziel ist es, die Reaktionszeit der Notrufdienste zu verkürzen und so Leben zu retten.

3.) Neues Finanzierungsprogramm PF4EE

Bei dem neuen Programm werden Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit der Förderung aus dem LIFE-Programm kombiniert. Das Programm zielt darauf ab, Privatinvestitionen in die Energieeffizienz zu erhöhen. Die Kommission stellt hierfür 80 Mio. EUR bereit und erwartet eine achtfache Hebelung dieses Betrags. Ziel ist eine stärkere Beteiligung des Privatsektors an Klimaprojekten, die den Energieverbrauch minimieren (Private Finance for Energy Efficiency, PF4EE). PF4EE richtet sich an kleine Gemeinden und KMU, die kleine Investitionen für ihre Energieeffizienz-

Projekte benötigen. Die Förderhöhe kann zwischen 40.000 EUR und in Ausnahmefällen bis zu 5 Mio. EUR liegen. Die die Mittel verwaltende Bank wird noch benannt.

4.) Europäisches Semester: Jahreswachstumsbericht 2015

Mit dem Jahreswachstumsbericht 2015 beginnt das neue sogenannte Europäische Semester, das der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung innerhalb der EU dient. Die Prioritäten der neuen Kommission liegen dabei auf Arbeit, Wachstum, Fairness und demokratischen Herausforderungen. Erstmals seit der Einführung des Semesters 2011 sollen die getrennten Prozesse unter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der EU-Wachstumsstrategie "Europa 2020" zeitlich angeglichen und aufeinander abgestimmt werden. Die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und die Verwendung der Flexibilität innerhalb der bestehenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist die Voraussetzung, um mehr Arbeit und Wachstum in Europa zu schaffen.

5.) Antiterrormaßnahmen

Um die EU vor Terrorangriffen zu schützen und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, haben sich die Abgeordneten in einer im Februar verabschiedeten Entschließung für Programme zur Entradikalisierung, verstärkte Grenzkontrollen des Schengenraums und besseren Informationsaustausch zwischen EU-Ländern ausgesprochen.

Sie fordern von den Mitgliedstaaten schnellere Fortschritte beim EU-Datenschutzpaket, so dass die Verhandlungen parallel zu denen über den Vorschlag zu EU-Fluggastdaten laufen können, damit am Ende ein vollständiges Paket von EU-Datenschutzvorschriften geschnürt werden kann.

Antiterrormaßnahmen dürfen die Grundrechte nicht beeinträchtigen

Die Abgeordneten verpflichten sich, "auf die Verabschiedung einer Richtlinie über EU-Fluggastdatensätze bis Ende des Jahres hinzuwirken" und fordern die EU-Länder auf, in Bezug auf das Datenschutz-Paket Fortschritte zu erzielen, damit die Verhandlungen über beides parallel stattfinden können. Sie wollen gewährleisten, dass Erfassung und gemeinsame Nutzung von Daten auf einem kohärenten rechtlichen Rahmen zum Datenschutz begründet sind, durch den rechtlich verbindliche Normen zum Schutz personenbezogener Daten auf Unionsebene geschaffen werden. Sie fordern auch die Kommission auf, die Konsequenzen des Urteils des Gerichtshofs zu der Richtlinie über Datenspeicherung darzulegen und den Rat unabhängiger Sachverständiger einzuholen, um "die Notwendigkeit und die Verhältnismäßigkeit" der Speicherung von Fluggastdaten zu bewerten.

Abwehr der wachsenden Bedrohung durch "ausländische Kämpfer"

Die Abgeordneten fordern einen "mehrschichtigen Ansatz", um gegen die Radikalisierung vorzugehen, und fordern die EU-Länder auf,

- in Bildungs- und soziale Programme zu investieren, mit denen den Ursachen von Radikalisierung entgegengewirkt wird,
- gegen die Aufstachelung im Internet zur Verübung von Terroranschlägen anzugehen,
- zu verhindern, dass Personen rekrutiert werden oder ausreisen, um sich terroristischen Organisationen anzuschließen,
- die finanzielle Unterstützung von terroristischen Organisationen sowie den illegalen Handel mit Schusswaffen zu unterbinden, und
- wirksame Ausstiegs- und Entradikalisierungsprogramme zu erarbeiten.

Verschärfung der Kontrollen an den Außengrenzen

Die Abgeordneten fordern alle Mitgliedstaaten auf, zu verhindern, dass terrorismusverdächtige Personen reisen, indem sie die Kontrollen an den Außengrenzen verschärfen. Sie lehnen sämtliche Vorschläge für die Aussetzung des Schengen-Systems ab und halten die Mitgliedstaaten an, die bestehenden Vorschriften zu verschärfen sowie das Schengener Informationssystem (SIS) und das Advance Passenger Information System (API-System) bestmöglich zu nutzen. Sie weisen wiederholt darauf hin, dass schon heute gezielte Kontrollen von Personen möglich sind, die die Außengrenzen überqueren.

Zusammenarbeit und Informationsaustausch verbessern

Das Parlament empfiehlt einen besseren Informationsaustausch zwischen den Rechtsdurchsetzungsbehörden der Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union. Sie sollten insbesondere dafür Sorge tragen, dass ihre nationalen Einheiten Europol systematischer und routinemäßig mit den einschlägigen Informationen versorgen. Die Abgeordneten stellen fest, dass die Mitgliedstaaten nur 50 % ihrer Informationen über Terrorismus und organisierte Kriminalität an Europol und Eurojust weitergeben. Sie unterstützen die Einrichtung einer europäischen Plattform zur Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen von Europol, um möglichst weit gehend das operationelle und technische Potenzial der Behörde zu stärken und die Fähigkeit zum Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse auszubauen.

6.) Humanitäre Krise in Irak und Syrien: Parlament fordert Geberkonferenz

Die internationale Gemeinschaft muss ihre Versprechen einlösen und mehr humanitäre Hilfe und Unterstützung für die Millionen Menschen leisten, die unter der Krise im Irak und in Syrien leiden. So steht es in einer Entschließung, die das Parlament im Februar verabschiedet hat.

Die Abgeordneten fordern auch, dass die EU es in Betracht zieht, die Einberufung einer Geberkonferenz in die Wege zu leiten und betonen, dass ein politischer Wandel in Syrien und eine alle Seiten einbeziehende Regierung im Irak - um den Einfluss des sogenannten „Islamischen Staats im Irak und in der Levante“ (ISIL/Da'isch) einzudämmen - dringend notwendig sind.

Mehr internationale Unterstützung

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass mehr humanitäre Hilfe und Unterstützung für die von der Krise im Irak und in Syrien betroffenen Menschen notwendig sind, nicht zuletzt weil der Nahe Osten derzeit von einem strengen Winter heimgesucht wird. Sie fordern, dass die Union es in Betracht zieht, die Einberufung einer Geberkonferenz in die Wege zu leiten und Druck auf alle Geber ausübt, damit sie ihre Zusagen einhalten und ihre Versprechen rasch einlösen.

Das Parlament verurteilt mit Nachdruck "die schrecklichen, systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes und der Terroristen des ISIL/Da'isch und anderer dschihadistischer Gruppierungen im Irak und in Syrien, auch die Tötung von Geiseln, alle Formen der Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Religion oder ethnischen Zugehörigkeit sowie die Gewalt gegen Frauen". Es fordert die unverzügliche Freilassung aller Geiseln und verurteilt aufs Schärfste die Übergriffe gegen Kinder durch den ISIL/Da'isch.

Eine umfassende Regionalstrategie der EU

Die Abgeordneten stellen fest, dass die EU eine umfassende Regionalstrategie braucht, um den ISIL/Da'isch zu besiegen, die humanitäre Krise zu lindern und den Konflikt in Syrien und im Irak zu beenden. Eine solche Strategie muss die Unterstützung der Nachbarländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen einschließen. Sie muss außerdem die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern zum Ziel haben, um gegen die Finanzierung des Terrorismus, die Lieferung von Waffen und den Zustrom ausländischer Kämpfer anzugehen und gewaltbereiten Extremismus zu bekämpfen.

Schließlich unterstreichen die Abgeordneten, dass es in Syrien und im Irak keinen dauerhaften Frieden geben kann, wenn diejenigen, die für die während des Konflikts auf allen Seiten begangenen Verbrechen, vor allem die religiös oder ethnisch motivierten Verbrechen, verantwortlich sind, nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Hintergrundinformationen

Bei der von Gewalt geprägten Krise in Syrien wurden bislang über 7,6 Millionen Binnenvertriebene und mehr als 12,2 Millionen Syrer, die in dem Land dringend Unterstützung benötigen, gezählt. Im Irak benötigen mehr als 5,2 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe, und die Zahl der irakischen Binnenvertriebenen beläuft sich auf über 2,1 Millionen. Etwa 740 000 irakische Vertriebene leben außerdem in unzulänglichen Unterkünften, während die Region derzeit von einem strengen Winter heimgesucht wird. Weiterhin leben 3,6 Millionen Menschen in den vom ISIL/Da'isch kontrollierten Gebieten, von denen 2,2 Millionen dringend Hilfe benötigen.

Der Kommission zufolge haben bereits etwa 276 000 Flüchtlinge versucht, illegal in die EU einzureisen, während die EU und ihre Mitgliedstaaten über 3,3 Milliarden Euro für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen aufgebracht haben, um die syrische Bevölkerung im eigenen Land sowie die Flüchtlinge und ihre Aufnahmeländer zu unterstützen. Allein 2014 hat die EU 163 Millionen Euro an humanitärer Hilfe im Irak zur Verfügung gestellt.

7.) Austausch von Verkehrssünder-Daten bald in allen EU-Ländern

Neue Vorschriften über den grenzüberschreitenden Austausch von Daten zu Verkehrsdelikten sollen gewährleisten, dass Verkehrssünder im Ausland ihrer Strafe nicht entgehen. Die neuen Regeln, die am 11. Februar verabschiedet wurden, sollen auch für die Gleichbehandlung von Verkehrsteilnehmern sorgen sowie die Verkehrssicherheit in der EU verbessern. Vor Ablauf von zwei Jahren werden sie auch in Großbritannien, Irland und Dänemark wirksam, und damit in allen 28 EU-Mitgliedstaaten.

"Um das neue EU-Ziel zur Halbierung der Zahl der Verkehrstoten zu erfüllen, brauchen wir neue und wirksamere Instrumente wie zum Beispiel diese Richtlinie zur Bekämpfung der Straflosigkeit. Natürlich sind die Bürger nicht begeistert, wenn sie einen Strafzettel bekommen, aber sie werden begrüßen, dass nun jeder in der EU gleich behandelt wird, egal wo ihr Fahrzeug zugelassen ist", sagte die Berichterstatterin Inés Ayala Sender, deren Bericht mit 640 Stimmen angenommen wurde, bei 61 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen.

"Diese Richtlinie hat sich bereits als ein sehr wirkungsvoller erster Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit auf den Straßen der EU erwiesen. Sie wird als Abschreckung für ausländische Fahrer dienen, die jetzt wissen, dass sie einer Strafe für ein im Ausland begangenes Verkehrsdelikt nicht entgehen können", fügte sie hinzu.

Neue Rechtsgrundlage angenommen

Die vom Parlament angenommenen Änderungen schaffen eine neue Rechtsgrundlage (Verkehrssicherheit) für die Vorschriften zum Datenaustausch im Einklang mit dem Nichtigkeitsurteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Mai 2014, in dem die vorige Rechtsgrundlage (polizeiliche Zusammenarbeit) als rechtswidrig erachtet wurde.

Jetzt auch in Großbritannien, Irland und Dänemark

Die bisherige Richtlinie galt nicht für Großbritannien, Irland und Dänemark, doch der Wechsel der Rechtsgrundlage bedeutet, dass sie die Regeln vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten nun auch umsetzen müssen.

Verkehrsdelikte, die grenzüberschreitend geahndet werden

Die Vorschriften über den grenzüberschreitenden Austausch von Informationen über Verkehrsdelikte ermöglichen den Behörden der Mitgliedstaaten den Zugang zu nationalen Fahrzeugregistern in anderen EU-Ländern, um Verkehrssünder zu identifizieren, die die folgenden Verkehrsdelikte begangen haben:

- Geschwindigkeitsübertretung,
- Nichtanlegen des Sicherheitsgurts,
- Überfahren eines roten Lichtzeichens,
- Trunkenheit im Straßenverkehr,
- Fahren unter Drogeneinfluss,
- Nichttragen eines Schutzhelms,
- unbefugte Benutzung eines Fahrstreifens, und
- rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons oder anderer Kommunikationsgeräte beim Fahren.

Pressemitteilungen:

1.) EP setzt Sonderausschuss für Steuergerechtigkeit ein (Februar 2015)

Die Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses für Steuergerechtigkeit wird von dem schleswig-holsteinischen CDU-Europaabgeordneten Reimer Böge ausdrücklich begrüßt: "Mit der Entscheidung im Europäischen Parlament werden Defizite in der Steuergesetzgebung und im Wettbewerbs- und Beihilferecht genauestens überprüft!"

Wie Reimer Böge weiter dazu mitteilte, sei angesichts aktueller Krisen und Ungleichheiten der entschlossene Kampf für Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz ein vorrangiges Thema in Europa. Der Blick müsse sich auf die Steuerregelungen in allen Mitgliedstaaten richten und Druck machen, ungerechte Steuerpraktiken zu beenden und gegen Steuervermeidung vorzugehen. Das sei eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit.

Bei dem Sonderausschuss gehe es darum, unabhängig und objektiv "den unlauteren Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten der EU untereinander zu analysieren und mit öffentlicher Unterstützung Reformvorschläge durchzusetzen. Es sei im höchsten Maße ungerecht und nicht hinnehmbar, wenn internationale Konzerne wie z.B. Google ihre Gewinne an den EU-Geschäften fast steuerfrei in die USA transferieren könnten.

„Was legal war, ist noch lange nicht legitim! Mit der heutigen Einsetzung des Sonderausschusses hat das Europäische Parlament einen wichtigen Schritt getan“, so Böge abschließend.

2.) Schleswig-holsteinische Infrastrukturprojekte aufgrund fehlender Planungs- und Baureife hinten in der Schlange beim Europäischen Investitionspaket (Februar 2015)

Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete und Haushaltsexperte Reimer Böge begrüßt die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt angedachte Finanzierung des A20-Tunnels bei Glückstadt aus privaten Mitteln mit einer Anschubfinanzierung des Bundes und der EU: "Angesichts des hohen Investitionsbedarfs im Infrastrukturbereich und knapper Haushaltsmittel ist die Beteiligung von privaten Investoren an Großprojekten der richtige Ansatz. Ich hatte bereits vor zwei Jahren darauf hingewiesen, dass in Schleswig-Holstein mehrere Projekte für eine Mischfinanzierung unterstützt durch EU-Mittel infrage kommen. Die Aufnahme der Elbquerung im Zuge des A20-Ausbaus auf die Projektliste des europäischen Investitionspakets bestätigt, dass das Projekt prinzipiell für realisierbar gehalten wird. Aufgrund der mangelnden Planungs- und Baureife dank der Verzögerungspolitik der Küstenebelkoalition wird sich Schleswig-Holstein bei der Förderung jedoch zunächst hinten anstellen müssen. Die Landesregierung beweist damit ihre Europauntauglichkeit. Sie hat nicht begriffen, welche notwendigen Initiativen zu ergreifen sind. Damit schadet sie nicht nur Schleswig-Holstein, sondern kommt auch nicht der Verantwortung für unseren nördlichen Partner Dänemark nach."

Nach der Vorstellung des 315-Milliarden Euro Investitionsplans durch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im November 2014 wird die Kommission am kommenden Dienstag ihren Legislativvorschlag für die Schaffung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSl) vorlegen. Der Fonds soll über ein Gesamtvolumen von 21 Milliarden Euro verfügen und aus 16 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt sowie 5 Milliarden Euro von der Europäischen Investitionsbank (EIB) gespeist werden. Damit sollen rund 60 Milliarden Euro Kapital auf den Finanzmärkten eingeworben werden. Diese sollen wiederum in Projektbeteiligungen von bis zu 20 % fließen, sodass insgesamt eine 15-fache Hebelwirkung der öffentlichen Mittel erzielt wird. Die Verhandlungen zwischen Rat und Europäischen Parlament sollen bis zum Sommer abgeschlossen werden, sodass der Fonds möglichst schnell seine Arbeit aufnehmen kann.

Für das Parlament werden aller Voraussicht nach der Haushalts- und der Wirtschaftsausschuss federführend sein. "Im Zuge intensiver Vorgespräche auf politischer und auf Arbeitsebene, unter anderem mit EIB-Vizepräsident Wilhelm Molterer und Wirtschaftskommissar Jirki Katainen, hat das Parlament bereits kritische Punkte thematisiert. Es ist ausdrücklich zu befürworten, dass die end-

gültige Förderzusage durch EIB-Experten infolge einer Rentabilitätsprüfung erfolgen soll. Strittig bleibt jedoch die Herkunft der Haushaltsmittel. Anstatt sich der ohnehin knappen Marge des EU-Haushalts zu bedienen, sollte in Erwägung gezogen werden, Mittel aus den Strukturfonds als Garantien für den EFSI zu nutzen. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass eine angemessene parlamentarische Kontrolle erfolgt", so Böge.



Bild 4:

Reimer Böge trifft den Kommissionsvizepräsidenten Jyrki Katainen zu einem intensiven Meinungsaustausch zum "Juncker-Investitionspaket". Herr Katainen ist zuständig für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit.

(Foto: Büro Böge)

3.) EU-Haushalt 2015: Reimer Böge begrüßt besondere Förderberücksichtigung für Minderheiten im EU-Bürgerschaftsprogramm (Februar 2015)

Im Anschluss an die heutige Zustimmung des Europäischen Parlaments zum EU-Haushalt 2015 in Straßburg wies der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete und Haushaltsexperte Reimer Böge auf die besondere Fördermöglichkeit für Minderheitenprojekte im Rahmen des Bürgerschaftsprogramms hin: "Durch eine von mir vorgeschlagene Ergänzung der Haushaltskommentare zum Bürgerschaftsprogramm finden 2015 Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Förderung von Integration, sprachlicher Vielfalt, Kohäsion und Nichtdiskriminierung unter besonderer Berücksichtigung von Minderheiten spezielle Beachtung. Dies ist zumindest ein kleiner Erfolg für die Belange der europäischen Minderheiten, nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Sommer der Aufforderung meines dänischen Kollegen Bendt Bendtsen, der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen FUEN und mir zur Schaffung eines Minderheitenportfolios in der neuen Kommission nicht nachgekommen ist. Zwar konnte das Parlament in den Verhandlungen mit dem Rat keine Aufstockung des Programms gegenüber dem Kommissionsvorschlag durchsetzen. Dem Parlament ist es allerdings erfolgreich gelungen, die Ratskürzungen in Höhe von 1 Mio. EUR bei den Verpflichtungen zurückzunehmen und dem Rat etwas höhere Zahlungen abzurufen, als dieser ursprünglich zu geben bereit war."

Nun seien die betreffenden Projektträger am Zug, die eröffneten Möglichkeiten auch auszunutzen. "Angesichts der vergleichsweise geringen Mittelausstattung des Bürgerschaftsprogramms besteht ein großer Wettbewerb unter den Projektträgern, die aus den verschiedensten Bereichen kommen. Damit am Ende tatsächlich Projekte zugunsten von Minderheiten von der EU-Förderung profitieren, sollten die betreffenden Organisationen baldmöglichst ihre Anträge bei der zuständigen Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur einreichen. Ich bin gerne bereit, sie im Rahmen meiner Möglichkeiten bei ihren Bemühungen zu unterstützen", versprach Böge abschließend.

4). Anfrage zu Paraffin im Meer - Kommission will tätig werden (März 2015)

Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) begrüßt die Antwort der EU-Kommission auf seine Anfrage zur Einleitung von Paraffin ins Meer. "Die EU-Kommission erkennt das Problem an und gibt Auskunft über das weitere Vorgehen zur Verschärfung der Vorschriften", so Böge. "In einem ersten Schritt wird versucht werden, das Problem in dem zuständigen Ausschuss für Meeresumwelt der Internationalen Meeresorganisation (IMO) zu lösen. Das MARPOL-Übereinkommen im Rahmen der IMO muss so geändert werden, dass die schiffsbedingte Einleitung von Paraffin unterbunden wird. Der zuständige IMO-Ausschuss wird im Mai 2015 tagen. Sollten auf dieser Ebene keine hinreichenden Fortschritte erzielt werden, zieht die Kommission in einem zweiten Schritt die Vorlage eines Vorschlags für eine EU-Rechtsvorschrift in Erwägung", so Böge. "Nun haben wir es schwarz auf weiß! Die Kommission hat das Problem der Einleitung von Paraffin ins Meer erkannt. Nun müssen die weiteren Schritte auf EU- und IMO-Ebene dazu führen, dieser Form der Meeresverschmutzung einen wirkungsvollen und konsequenten Riegel vorzuschieben".

Weiter empfiehlt Böge, sich bei dem Thema breit aufzustellen: "Derzeit liegt noch kein deutscher Antrag bei der IMO vor, auch wenn der Umweltministerkonferenz-Beschluss (UMK) vom 24.10.2014 die Bundesregierung hierzu auffordert. Bund und Länder müssen bei diesem Thema auf allen Ebenen hartnäckig bleiben. Auch die schleswig-holsteinische CDU-Landesgruppe in Deutschen Bundestag und die CDU-Landtagsfraktion in Kiel bleiben hier am Ball", so Böge abschließend.



Bild 2:

15.08.2014: "Es gilt den einzigartigen Charakter der Natur unseres Bundeslandes zu bewahren und zu schützen. Paraffinverschmutzungen im Meer müssen wirkungsvoll bekämpft werden". Reimer Böge auf dem Eidersperrwerk.

(Foto: Büro Böge)

Hintergrund:

In der jüngeren Vergangenheit kam es immer häufiger zu Fällen von Paraffinverschmutzungen an den Küsten der Nord- und Ostsee. Die Paraffinreste konnten nur mit großem Aufwand von den Küsten entfernt werden. Viele Seevögel wurden Opfer der Paraffinverschmutzung. Die Insel- und Halligkonferenz hatte daher immer wieder Handlungsbedarf angemahnt. Bislang gibt es außerhalb der Zwölfseemeilenzone kein Verbot, Paraffin ins Meer einzuleiten. Aufgrund dieser kritischen Umweltaspekte hatte Reimer Böge einen Fragenkatalog an die Kommission gerichtet um zu erfragen, ob, wann und in welchem Rahmen die EU-Kommission beim Paraffin Handlungsbedarf sehe.

5.) Der Islam gehört mittlerweile auch zu Deutschland: Integration jetzt voranbringen! (März 2015)

Anlässlich der jüngsten Statements zum Islam in unserer Gesellschaft und zu einem Zuwanderungsgesetz in Deutschland, äußerte sich heute der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge in Brüssel: "Wir müssen uns diesen wichtigen und emotionalen Themen stellen. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft! Ziel muss es sein, Versäumnisse der Vergangenheit von Zuwanderern und der deutschen Gesellschaft gleichermaßen zu vermeiden. Nur so kann es eine echte und gute Integration, auch muslimisch geprägter Zuwande-

rer, in die deutsche Gesellschaft geben. Zuwanderungsdiskussionen dürfen sich nicht in historischen Definitionen verlieren."

- Aufgrund der aktuellen Herausforderungen des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels ist für Schleswig-Holstein bis 2025 eine qualifizierte Zuwanderung von 75.000 Menschen über das unantastbare Asylrecht hinaus notwendig. In der Zukunft kann ein Zuwanderungsgesetz mit klaren Vorgaben die Handhabung und Akzeptanz von Zuwanderung verstärken.
- Die CDU-Schleswig-Holstein hat mit einem umfassenden Beschluss des Landesparteitages (15.11.2014) zur Flüchtlingspolitik die aktuellen Handlungsnotwendigkeiten benannt.
- Die EU hat sich mit dem neuen EU-Asylrecht der Realität gestellt: Künftig muss ein Asylverfahren innerhalb von sechs Monaten zum Abschluss geführt werden. Um die Integration zu stärken sollen Minderjährige schon binnen drei Monaten gleichwertigen Zugang zu Schulbildung inkl. Vorbereitungs- und Sprachkurse bekommen. Nach Böges Auffassung sollte auch das Bleiberecht für junge Menschen in Ausbildung ermöglicht werden.

"Mittlerweile gehört der Islam zu Deutschland" so Böge. "In unserer Gesellschaft ist Platz für christliche, jüdische und muslimische Religionen, sofern sie sich zu unserer Verfassung bekennen und unsere Grundsätze von Humanismus, Aufklärung und die universellen, unveräußerlichen Menschenrechte unterstützen", erklärte Böge.

„Die Zuwanderung muslimisch geprägter Mitbürger (seit 1961) ist bereits mehr als doppelt so alt wie das Durchschnittsalter der JU-Mitglieder“, so Böge. „Unsere Prinzipien der Religionsfreiheit und Toleranz gebieten es, auch einem Islam europäischer Prägung eine Chance zu geben“, so Böge.

"Die menschenverachtenden Auswüchse von Gewalt durch islamistische Radikale müssen zuerst von den islamisch geprägten Ländern bekämpft werden, um ein glaubwürdiges Zeichen für einen modernen Islam zu setzen. König Abdullah von Jordanien hat dies bei seiner beachtlichen Rede am 10.03.2015 vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg getan", so Böge abschließend.



Bild 3:

11.03.2015: Auf Einladung von Reimer Böge MdEP besuchten 41 politisch interessierte Bürger aus Schleswig-Holstein das Europäische Parlament in Straßburg. Die Delegation diskutierte in zwei Veranstaltungen mit Reimer Böge und verfolgte eine Plenarsitzung des Europäischen Parlaments von der Besuchertribüne aus.

(Foto: Büro Böge)

Terminauswahl:

04.02.2015	Bilaterales Treffen mit Herrn Prof. Bourguignon (Europäischer Forschungsrat), Brüssel
05.02.2015	Sitzung Haushaltsausschuss, Brüssel
06.02.2015	Arbeitsgruppe Wirtschaft & Finanzen, Berlin
10.02.2015	Treffen mit José Gómez Camacho, EU-Botschafter Mexiko, Straßburg
10.02.2015	Fraktionssitzung, Straßburg
12.02.2015	EVP-Arbeitsgruppe zu TTIP, Straßburg
13.02.2015	Gespräch mit Vorstand Europa-Union und Europäischer Bewegung, Kiel
13.02.2015	Gespräch mit FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen, Kiel
15.-17.02.2015	Parlamentarische Konferenz der Welthandelsorganisation, Genf
23.02.2015	Gemeinsame Sitzung von Haushalts- und Wirtschaftsausschuss, Brüssel
23.02.2015	Sitzung des Außenhandelsausschusses, Brüssel
24.02.2015	Koordinierungskreis der CDU/CSU-Gruppe mit Jens Weidmann (Präsident der Bundesbank), Brüssel
26.02.2015	Sitzung Haushaltsausschuss, Brüssel
02.03.2015	Gemeinsame Anhörung von Haushalts- und Wirtschaftsausschuss zum Europäischen Investitionspaket (EFSI), Brüssel
03.03.2015	Koordinierungskreis der CDU/CSU-Gruppe, Brüssel
04.03.2015	Arbeitstreffen mit Agrarkommissar Hogan, Brüssel
09.03.2015	Arbeitstreffen mit Haushaltskommissarin Georgieva, Straßburg
10.03.2015	Ansprache König Abdullah II von Jordanien im Plenum, Straßburg
10.03.2015	Sitzung CDU/CSU-Gruppe, Straßburg
09.-12.03.2015	Besucherguppe aus Schleswig-Holstein, Straßburg
12.03.2015	Gemeinsame Sitzung von Haushalts- und Wirtschaftsausschuss zum EFSI-Berichtsentwurf, Straßburg
13.03.2015	Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu den Themen Euro, Flüchtlings- und Asylpolitik, CDU-Reinfeld
16.03.2015	Sitzung Haushaltsausschuss, Brüssel
17.03.2015	EVP-Sitzung zum EFSI, Brüssel
18.03.2015	Sitzung des Außenhandelsausschuss (u.a. zu TTIP), Brüssel
23.03.2015	Präsidium der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter, Bonn
24.03.2015	Schülergruppe Friedrich-Paulsen-Schule aus Niebüll, Brüssel
25.03.2015	Rede zu KMUs beim "European Forum for Manufacturing", Brüssel
26.03.2015	Europa-Veranstaltung Volkshochschulen, Kaltenkirchen
31.03.2015	Rede beim Seminar des Haushaltsausschusses zu neuen budgetären Herausforderungen, Brüssel
13-16.04.2015	Sitzungen des Außenhandelsausschuss (INTA), Brüssel
17.04.2015	Gastredner beim Wirtschaftsrat, Scharbeutz
21.04.2015	Gespräch mit Beruflicher Schule Husum, Bereich Wirtschaft, Brüssel
24.04.2015	Schülergespräch Gymnasium Brunsbüttel
27.-30.04.2015	Plenarwoche, Straßburg

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2837326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege@ep.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>